

# GEGENARGUMENTE

MÜNCHEN

www.gegenargumente.de

Oktober 2010

## Atomkraft im nationalen Energiemix: Eine Waffe in der imperialistischen Staatenkonkurrenz

Kanzlerin Merkel hat sich gelehrig gegeben und eine Energie-Bildungsreise durch Deutschland gemacht und dann doch das Volk darüber *belehrt*, dass sie es nicht leicht hat und nimmt, wie viele Interessen und komplizierte Aspekte sie bei der Energiepolitik zu berücksichtigen hat, dass sie und nur sie alle berechtigten Interessen berücksichtigt und sie und nur

### Diskussionstermin des Konvents der Fachschaften der LMU München

#### **Atomkraft im nationalen Energiemix**

**Zeit: Do., 4.11. 2010, 19:30 Uhr**

**Ort: LMU München,**

**Geschwister-Scholl-Platz 1,**

**Raum M 201, U-Bahn: Universität**

die Regierung entscheidet; dafür hat sie sogar einen ganzseitigen Zeitungsappell führender deutscher Manager etwas zurückgesetzt, in dem die längere Laufzeiten für die AKW bestellt haben. Die Oppositionsparteien haben für sich werbend gelogen, diese Regierungschefin habe die Macht gegen die Lobby nicht mehr in der Hand, und diese Regierung komme mit Entscheidungen nicht mehr zu Potte. Schwer zu sagen, ob AKW-Gegner daran glauben und deshalb schreiben: „Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins.“ (Aufruf zur Demo in Berlin). Jetzt hat die deutsche Regierung längere Laufzeiten für AKW und einiges mehr entschieden. Über das öffentliche Getöber darüber, wie *konfliktfrei und souverän* die Schwarz-Gelben eine neue deutsche Energiepolitik entscheiden, ist sträflich in den Hintergrund geraten, um *was* es bei dieser Entscheidung geht und *welche Interessen und Streitpunkte* da in Deutschland überhaupt nur noch zählen.

1.

Mitten in der *Marktwirtschaft*, in der die Versorgung der Gesellschaft das Abfall-

produkt des Geschäftemachens ist, in der deswegen neben den von Waren überquellenden Kaufhäusern Menschen Mangel an lebensnotwendigen Gütern leiden, wird die Energieversorgung *planmäßig* betrieben. Die Konkurrenz der Energiekapitale ist staatlich gelenkt, weil für das *Wirtschaftswachstum*, aus dem der Staat den Zuwachs seines Geldes und seiner Macht schöpft, das *freie Verfügen* über *jede erforderliche Menge Energie notwendig* ist; und der *Energiepreis* ist Bestandteil der Kosten jeden Geschäfts, fördert oder bremst also den Konkurrenzenerfolg des *nationalen* Kapitals im internationalen Markt. Die Sicherstellung der Energieversorgung fürs *Kapital* schenkt natürlich Otto Normalverbraucher nichts; er muss zahlen für den Strom, damit die Energiekapitale rentabel sind.

2.

Deutschland will „Energiesicherheit“ herstellen, d.h. es will möglichst über alle Energiequellen verfügen, auch wenn sie im Nahen Osten oder in Sibirien liegen. Energiepolitik ist also eine *imperialistische* Angelegenheit. Die nationale Abhängigkeit von Öl und Gas, über das andere Staaten verfügen, wird nicht einfach hingenommen. Umgekehrt: Die „Rohstoffländer“ sollen davon abhängig sein, dass Deutschland ihnen ihren Stoff abkauft. Die dafür notwendige energiepolitische Machtposition hat sich diese Nation mit ihrem Atomenergieprogramm verschafft. Mit dem unkalkulierbaren atomaren Risiko für den Standort Deutschland und dessen menschliches Inventar wird dabei von den politisch Verantwortlichen kalkulierend umgegangen. Durchaus aufwendige Katastrophenpläne zum Schutz der *Volksgesundheit* sind nicht zu verwechseln damit, dass der Staat den Leuten gesundheitliche Schäden erspart.

3.

Heute wird ein Drittel des nationalen Energiebedarfs mit Atomstrom gedeckt. Deutschland ist Atommacht, seine

Nukleartechnologie ist führend auf dem Weltmarkt. Zusätzlich wird mit einer „strategischen Energiepartnerschaft“ mit Russland den USA das Monopol der Aufsicht über die Weltenergieserven streitig gemacht. Auf Basis dieses energiepolitischen Erfolgsweges leistet die Nation es sich - zunächst unter Rot-Grün, die nukleare Option zu *relativieren*. Ein „historischer Beschluss zum Ausstieg“ wurde von Schröder & Co. gefasst. Der war kein Ausstieg, sondern eine rechtssichere Betriebsgenehmigung mit Fristen.

4.

Deswegen kippt die schwarz-gelbe Regierung den Kern dieses Beschlusses auch nicht, wenn sie jetzt um 8 bis 14 Jahre längere Laufzeiten für nützlich hält. Die

### Gegenstandspunkt und Basis Buchhandlung

**Vortrag und Diskussion**

**Sarrazin und seine Kritiker:**

**Referent: Wolfgang Möhl,  
(Gegenstandspunkt)**

**Zeit: Do., 21. 10. 2010, 19.30 Uhr,  
Ort: Max Emanuel München,  
Adalbertstr. 33 , U-Bahn Universität**

\*

### Diskussionstermin des Konvents der Fachschaften der LMU München.

**Sarrazins Provokation und ihr  
demokratisches Echo**

**Zeit: Do., 28.10.10, 19.30 Uhr**

**Ort: LMU München, Geschwister-  
Scholl-Platz 1, Raum M 201,  
U-Bahn: Universität**

neue Regierung, die wie die alte keine neuen AKWs in Deutschland plant, will „den Weg in das regenerative Zeitalter gehen und die Technologieführerschaft

bei den Erneuerbaren Energien ausbauen“. Dabei geht es ihrerstens um ein weiteres Standbein der Energiesicherheit durch Energie in rein nationaler Verfügung, zweitens um eine Weltmarkt-offensive mit neuen Umwelt- und vor allem Energietechnologien und drittens um das Durchsetzen von Markt öffnenden Konkurrenzstandards dafür weltweit. Die Rettung der Menschheit vor der „weltweiten“ Klimakatastrophe ist der treffliche Titel für *imperialistische* Energiepolitik. So werden Ökonomie und Ökologie *kapitalistisch* versöhnt: Profite aus den Atommeilern tragen bei zum *Kapital* für das *Geschäft* mit „erneuerbarer“ Energie. Das meint „Brückentechnologie“ im Kapitalismus, eben keine Technik.

5.

Wie gewaltig die Ansprüche dieser deutschen Energiepolitik sind, bekommt die Regierung bei der Umsetzung zu spüren. Die Regierung hat es wirklich nicht leicht: Andere mächtige Nationen öffnen sich in Kopenhagen und anderswo gar nicht Merkels Klimaappellen und ihren deutschen Geschäftemachern mit

„grüner“ Energie im Gefolge, sondern kämpfen für ihre konkurrierenden Energiepläne weltweit. Da muss Deutschland nachrechnen, ob es in Konkurrenz zu den anderen Nationen nicht fahrlässig zu kurz von seinen AKW profitiert und nicht zu schnell zu viel Aufwendungen fürs „Umsteuern“ dem nationalen Kapitalwachstum zumutet; andererseits verlangen andere Kapitalisten für ihre Vorschüsse in „nachhaltige Energie“ wenigstens schon mal in der Heimat garantierte Absatzmärkte und Renditen, wenns auf dem Weltmarkt schon so hart wird; für die Finanzierung dafür geeigneter Netze wiederum ließe sich Geld bei länger laufenden atomaren Gewinnmaschinen abzweigen, was aber die Profite der Atomkonzerne und ihren Beitrag zum nationalen Wachstum belasten könnte; bleiben die andererseits von Kosten unbedrängt zu lange am Markt, blockieren sie möglicherweise Marktanteile und Profite für die „erneuerbaren“ Kapitalisten; außerdem ist Krise, und die Regierung verplant die „Brennelementesteuer“ oder wie auch immer die strahlende Einnahme am Ende heißt für einen „soliden“ Staatshaushalt,

den sie für die Bankenrettung und zugleich einen guten Eindruck bei den Spekulanten braucht....So eine Regierung hat es wirklich nicht leicht. Lauter in Deutschland *anerkannte*, nämlich *herrschende* Interessen von Kapitalen und Staat und *nur* solche reiben sich da, und da muss die Regierung wirklich mal einen Kompromiss finden.

**P.S.**

Wer da meint: „*Unser Widerstand zeigt Wirkung: Die Bundesregierung ist mit ihren Atomplänen in der Defensive und uneins.*“ (Aufruf zur Demo in Berlin), oder:

„*Wir rechnen damit, dass die gesellschaftliche Mehrheit auch die Bundesregierung zum Einlenken bringt*“, sagt Jochen Stay von der *Organisation Ausgestrahlt*.

- der hat nicht aufgepasst. Der Standpunkt der AKW-Gegner kommt in den Abwägungen der deutschen Atom- und Energiepolitik einfach gar nicht vor. Warum ihr dann weiter das Gegenteil nachsagen?

# GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

3-10

Anmerkungen zur Krise 2010 – Die nächste Lektion

## Die Agenda der Krisenkonkurrenz der Nationen

\*

Die Pleite der Hypo Alpe Adria

## Probleme bei der Erschließung des Balkans mittels

### österreichisch-bayrischer Kreditmacht

\*

## „Land grabbing“ – Neuigkeiten vom internationalen Kapitalismus

\*

Obamas innenpolitischer Kampf gegen die Krise:

## Eine Weltmacht kämpft um ihre heimatlichen Grundlagen\*

und noch viele andere Artikel

ISSN 0941-5831 112 Seiten €15.– / Ab sofort im Buchhandel erhältlich - Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag,  
Kirchenstraße 88, 81675 München - Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

E-Mail: [gegenstandpunkt@t-online.de](mailto:gegenstandpunkt@t-online.de) - Internet: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

V.i.S.d.P.: AK GegenArgumente Theo Wentzke Böblinger Str. 135, 70199 Stuttgart (Eigendruck im Selbstverlag)